

Rede des kommissarischen SPD-Vorsitzenden und Bundesaußenministers Frank-Walter Steinmeier auf dem geschichtspolitischen Forum der SPD

Seit ihrer Gründung vor fast 145 Jahren hat sich die Sozialdemokratische Partei für die elementaren Grundsätze von Demokratie und Freiheit, Gerechtigkeit und Menschlichkeit eingesetzt. Diese Grundsätze ziehen sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der frühen Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind für ihre Werte eingetreten – mutig, voller Überzeugung, aus tiefer Leidenschaft. Sozialdemokraten haben für diese Werte gelitten. Sie sind verfolgt, kriminalisiert, verhaftet, eingesperrt, gefoltert und ermordet worden. Und doch haben Sozialdemokraten auch unter massivem Druck niemals ihre Vision einer wahren demokratischen Gesellschaft, niemals ihr Streben nach sozialer Gerechtigkeit aufgegeben.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben weder ihre Vision noch ihr Vaterland verraten – im Gegenteil. Als Deutschland 1918 nach der politischen und menschlichen Katastrophe des Ersten Weltkriegs in Trümmern lag, als der Kaiser geflohen war und Extremisten von rechts und links die Demokratie bekämpften, da gingen Sozialdemokraten in die Verantwortung. Mit aller Kraft stützten sie die Weimarer Republik, stemmten sich gegen ihre Feinde – und mussten zusehen, wie ihre Kräfte nicht reichten. Gegen Nationalisten und Monarchisten, gegen die tägliche Verleumdung des Parlamentarismus und gegen die Perspektivlosigkeit der jungen Generation stand die Sozialdemokratie auf verlorenem Posten. Und das Heil, das viel zu viele in der rassistischen Ideologie der Nazis, in Gleichschaltung und Gleichschritt suchte, führte geradewegs in den Wahnsinn des nächsten Krieges und in den Zivilisationsbruch des Holocaust.

Tiefer als 1945 konnten ein Land und sein Volk kaum fallen – moralisch, menschlich und politisch. Und doch gab es einen wichtigen Unterschied: Die Sozialdemokraten fühlten sich, anders als viele andere Deutsche, befreit, nicht besiegt.

Das ließ Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten schon vor der Gründung der Bundesrepublik und der DDR selbstbewusst agieren, ohne Minderwertigkeitskomplex und ohne Ressentiments gegenüber den Siegermächten.

Im Osten Deutschlands widerstanden Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch unter massivem Druck der Vereinigung mit den Kommunisten, was viele unserer Leute ein weiteres Mal ins Gefängnis führte, vielen den Tod brachte.

Es ist schon bitter zu sehen, dass jemand wie Oskar Lafontaine sich nicht zu schade ist, das Leiden dieser Sozialdemokratie für eine billige Schlagzeile mit Füßen zu treten und in den Schmutz zu ziehen.

Im Westen Deutschlands erstarrte Kurt Schumacher gegenüber den Alliierten keineswegs in voraus-eilendem Gehorsam. Viel Lobendes ist über die Väter und die Mütter des Grundgesetzes gesagt und geschrieben worden – zu Recht. Dabei ist es mehr als ein Detail, dass die SPD im April 1949 jenen Entwurf eines Grundgesetzes ablehnte, der die Aufteilung in 11 lose verbundene Bundesländer bedeutet hätte. Dass die Bundesrepublik ein Bundesstaat mit einer Zentralgewalt wurde, was politische Voraussetzungen für das Aufbau- und Wirtschaftswunder schuf, das verdankt sie uns, der SPD.

Heute können wir sagen: Das soziale und demokratische Deutschland nach 1949, zunächst nur im Westen und seit beinahe 20 Jahren in ganz Deutschland, ist ein Glücksfall der deutschen Geschichte.

Was einstmal in Bonn begann, und was seit einer guten Dekade in Berlin eine Fortsetzung findet, ist ein großartiger Erfolg der Deutschen. Und es ist nicht zuletzt ein Erfolg von uns Sozialdemokraten. Wir haben mit unseren Werten diese deutsche Demokratie entscheidend geprägt.

Wir werden im nächsten Jahr 60 Jahre Grundgesetz, 60 Jahre Bundesrepublik und außerdem 20 Jahre Friedliche Revolution feiern. Zu selten ist uns bewusst, dass die Zeit seit der Wiedervereinigung bereits wieder ein Drittel unserer Nachkriegsgeschichte ausmacht.

Aber gerade im Jubiläumsjahr darf die lange Phase der getrennten Geschichte und der verschiedenen Entwicklungswege nicht verschwiegen werden, denn Ostdeutsche wie Westdeutsche bringen ihre je besonderen Biografien und Erfahrungen in den gemeinsamen Staat als gleichberechtigte Bürger und Bürgerinnen ein. Der aufrechte Gang war für viele mit ganz anderen Risiken verbunden als für uns im Westen. Das Eintreten für gerechtere Verhältnisse und mehr persönliche Freiheit führte viele in die Opposition, in Bedrängnis oder nach Bautzen.

Wir Deutschen leben heute in einer stabilen und gefestigten Demokratie, die in der ganzen Welt geachtet und respektiert wird. In einer Demokratie, die sich ihrer selbst bewusst ist, die Liberalität und Toleranz nach innen praktiziert, die nach außen nicht auftrumpft, sondern einer Politik des Friedens, der Verständigung und der guten Nachbarschaft verpflichtet ist.

Wer deshalb von der „geglückten Demokratie“ spricht, wie wir das heute in Anlehnung an Edgar Wolfrum tun, sollte nicht in den Ton des Triumphs oder der Überheblichkeit fallen.

Wenn etwas so Schwieriges wie die demokratische Neugründung eines Staates gelungen ist, freut man sich. Und wenn es ehrliche Freude ist, dann bleibt uns dabei bewusst, dass es auch hätte schief gehen können. Die Geschichte kennt keine Zwangsläufigkeit.

Die Demokratie fällt keinem in den Schoß. Und kein historisches Gesetz garantiert uns Bestand oder Erfolg einer Demokratie. Sie muss immer wieder aufs Neue errungen und verteidigt werden. Die Geschichte ist - Fritz Stern sagt es immer wieder - "ein offener Prozess". Es liegt an uns, die Zukunft nicht dem Zufall zu überlassen, sondern sie nach unseren Vorstellungen zu gestalten. Auch das meinen Gustav Heinemann und Willy Brandt mit "mehr Demokratie wagen".

Wir brauchen politische Kraft für das Gelingen der Demokratie. Die Kraft, andere zu überzeugen, entsteht durch die Kraft, mit der wir unserer Überzeugung gemäß handeln.

Das ist die Lehre der deutschen Geschichte. Die Demokratie hat in der deutschen Geschichte viele Niederlagen einstecken müssen. Aber immer wieder gab es Frauen und Männer, die für den Neuanfang gekämpft und gearbeitet haben.

Klare Prinzipien, ein starkes Wertefundament, ein unverstellter Blick auf das Notwendige und harte Arbeit für den Aufbau eines freien, sozialen und demokratischen Landes – das war ihr Rüstzeug. Nicht alle waren Sozialdemokraten mit Parteibuch. Doch die Idee einer sozialen Demokratie, einer Gesellschaft ohne Klassenprivileg und Standesdünkel, eines Staates gleicher Bürgerinnen und Bürger – das hat sie alle, fast alle verbunden. Und wir Sozialdemokraten mit und ohne Parteibuch waren erfolgreich, wir haben dieses Land geprägt. Egon Bahr hat schon im Jahr 1957 einmal gesagt: "Es gibt keinen stärkeren Beweis für die Überzeugungskraft einer Idee, als dass die Gegner sie akzeptieren, akzeptieren müssen." Das stimmt, mit Blick auf unser Land, bis heute. Ich komme darauf zurück.

Die deutsche Sozialdemokratie ist älter als Republik und demokratischer Rechtsstaat in Deutschland. Sie unterscheidet sich auch darin von allen anderen heutigen Parteien. In der Familie der demokrati-

schen Parteien ist sie so etwas wie die älteste Schwester. Und die älteste Schwester hat nicht nur die größte Verantwortung, das weiß man. Wir sind dieser Verantwortung auch gerecht geworden.

Wir waren die Partei, die gegen das Gift von Nationalismus und Imperialismus immun war, als andere schon mit Hurra den Krieg herbeisehnten. Wir haben lange vor anderen für die Grundrechte gekämpft, die seit 1949 zum Geist unserer Verfassung geworden sind. „Die Grundrechte müssen das Grundgesetz regieren“, so hat es Carlo Schmid in seiner Rede vor dem Parlamentarischen Rat im September 1948, vor fast genau 60 Jahren, formuliert und in den Beratungen durchgesetzt.

Das Grundgesetz ist darum unsere Verfassung. Die Bundesrepublik, dieser laut Artikel 20 "demokratische und soziale Bundesstaat", ist unsere Republik. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben diese Republik mitgeformt, grundlegender und dauerhafter als vielen bewusst ist. Die großen Integrationsleistungen in dieser Republik waren ganz wesentlich durch uns bestimmt – und wir tun gut daran, uns selbst und andere daran zu erinnern. Dass Kinder von Arbeitern, sogar Mädchen, das Abitur machen und studieren durften. Dass die Generation, die 1968 das Schweigen der Väter nicht mehr aushielt, ihre politische Kraft in den Dienst dieses Staates und seiner Gesellschaft stellte, dass sie dieses Land weltoffener, toleranter und liberaler machte.

1968 war ich zwölf Jahre alt. Ich gehöre zur Generation derer, die schon begünstigt waren durch das, was hart arbeitende Väter und Mütter, die das Land wieder aufbauten, hinterlassen hatten. Begünstigt auch dadurch, dass protestierende Studenten den Muff unter Talaren und anderen verstaubten Gewändern der Gesellschaft weggeblasen hatten. Ich war der erste in meiner Familie, der die Chance erhielt, zu studieren. Diese Chance, aber auch das Charisma von Willy Brandt, brachten mich zur SPD. Aber ich war kein 68er mehr, eher ein 74er. Einer, der schon mit etwas Distanz und Unverständnis auf die Atomisierung der Linken in immer feinziselierten Theoriestreitigkeiten schaute. Einer, der in Wohngemeinschaften lebte, aber für den die WG nicht mehr gesellschaftlicher Tabubruch war. Ich könnte vieles hinzufügen. Eines habe ich dabei sehr genau in Erinnerung: Wie sehr das Lebensgefühl der breiten Mehrheit der Menschen klar sozialdemokratisch bestimmt war.

Das rufe ich hier in Erinnerung, weil ich mich manchmal wundere, wie viel Kraft andere politische Kräfte darauf verwenden, Geschichte durch ihre jeweilige Brille umzudeuten.

Führende Funktionäre der Linkspartei überziehen unsere Demokratie mit arroganter Häme. Sie verwischen den Unterschied zwischen Diktatur und Demokratie, weil sie ihre eigenen Spuren in der Geschichte verwischen wollen. Wir werden diese Versuche der Geschichtsverdrehung niemals hinnehmen. Und wir haben dabei die Bürgerinnen und Bürger im Osten auf unserer Seite. Sie haben die Mauer eingerissen. Und kein Ideologe wird sie wieder aufbauen können.

Das gilt auch für die Kalten Krieger aus dem konservativen Lager. Einen „Kreuzzug“ gegen den Kommunismus auszurufen, das ist mit Verlaub ziemlich kindisch. Ich bin sicher, dass diejenigen, die glauben, auf solche verstaubten Feindbilder setzen zu müssen, an den wirklichen Sorgen der Menschen vorbeireden.

Der konservative Versuch, die deutsche Geschichte für sich zu monopolisieren, ist altbekannt. Auch der Versuch, die Geschichte der Nachkriegsdemokratie als konservative Parteigeschichte von Adenauer bis Kohl zu schreiben, ist nicht mehr originell.

Und dennoch: Ich gebe Brief und Siegel, dass manche das im nächsten Jahr noch einmal mit aller Macht versuchen werden, wenn wir den 60. Jahrestag der Bundesrepublik feiern. Ich rate da zur Gelassenheit: Denn dieser konservative Schwarzweißfilm mit Sozialdemokraten als vaterlandslosen Gesellen ruft bloß noch ein müdes Gähnen, wenn nicht Lachen hervor. Wir können niemand hindern,

sich in die Mottenkiste der Geschichtspropaganda hinab zu begeben. In einer Welt mit offenen Grenzen und freien Diskussionen können wir aber auf die politische Vernunft und das Urteilsvermögen der Menschen vertrauen. Auch das ist der geglückten Demokratie zu danken.

Carlo Schmid sagte vor 60 Jahren voraus: Wir gehen mit dem Grundgesetz "die erste Etappe auf dem Wege zur staatlichen Einigung aller Deutschen", auch wenn "die weiteren Etappen noch außerhalb unseres Vermögens" liegen.

Das ist die praktische Vernunft bei klarer Überzeugung im Grundsatz, mit der die SPD in den 60er und 70er Jahren zuerst die Bundesrepublik und dann die Ost-West-Beziehungen verändert hat. Vom Standpunkt der Freiheit, den Willy Brandt schon als Regierender Bürgermeister in Berlin unmissverständlich vertrat, gab es im Grundsatz keinen Kompromiss mit der SED-Diktatur.

Eine kleine Nebenbemerkung sei gestattet: Nicht Adenauer, sondern Willy Brandt war es, der beim Bau der Mauer an der Seite der Berliner war und zu ihnen sprach. – Niemand weiß das besser als Du, lieber Egon Bahr.

Willy Brandt war es, der auch von den Menschen im Osten Berlins gehört wurde und der ihnen Mut machte. Aber die praktische Vernunft im politischen Urteil ließ nur den einen Schluss zu, dass diese Mauer mit Gewalt nicht einzureißen war, dass Krieg kein Mittel sein konnte und dass die Drohung mit Gewalt unehrlich und unverantwortlich war.

Diese Tatsache zu akzeptieren und ohne Selbstbetrug die Konsequenzen daraus zu ziehen, das war eine historische Leistung, die wir mit dem Datum 1969 verbinden. Die Sozialdemokratie und seit der Freiburger Wende die Liberaldemokraten haben die Bundesrepublik in eine neue Ära geführt. Von der inneren Liberalisierung habe ich schon gesprochen. Aber ich meine besonders auch die Erfolge der Ostpolitik, die menschlichen Erleichterungen im deutsch-deutschen Verhältnis, die Moskauer Verträge, die Gründung der KSZE und die Anerkennung der polnischen Westgrenze. Unser Land trat damals auch international aus dem langen Schatten des Nationalsozialismus und des Kalten Krieges heraus.

Diese Jahre verdeutlichen die Verantwortung der SPD in den grundlegenden Phasen der geglückten Demokratie. Und sie strahlten über Westdeutschland hinaus. In der DDR und in Osteuropa wirkten sie anhaltend nach. Die Auflösung der Ost-West-Konfrontation verursachte Haarrisse im Ostblock, und vergrößerte - manchmal nur minimal, aber doch für jeden einzelnen wahrnehmbar - die Spielräume der Bürgerinnen und Bürger.

Willy Brandt ist der wohl populärste deutsche Politiker im Osten geworden. Unvergessen sein Besuch in Erfurt 1970, die Menschenmenge, die die Polizeiabsperren überrannte, und die "Willy"-Rufe vor dem Hotel "Erfurter Hof".

Die ostdeutschen und osteuropäischen Bürgerbewegungen der 80er Jahre sind ohne die politischen Liberalisierungen und Entspannungen der 60er und 70er Jahre nicht denkbar. Aber wenn wir uns an die Friedliche Revolution von 1989 erinnern, dann, und ich will das ausdrücklich hervorheben, dann steht an erster Stelle, wie sich die Menschen in der DDR selbst aus der Einschüchterung durch den Polizeistaat lösten. Wie sie unter hohem persönlichem Risiko auf die Straße gingen oder die Flucht über Ungarn wagten, wie sie aus eigener Kraft friedlich den Kampf um die Freiheit gewannen. Bei allen Verdiensten westdeutscher Kanzler, niemand hätte das von außen bewirken können.

Was die Bürgerinnen und Bürger der DDR im Herbst 1989 vollbracht haben, das war eine Sternstunde der deutschen Demokratiegeschichte, die das Versprechen der Freiheit für alle Deutschen einlöste.

Im nächsten Jahr feiern wir mit 1949, 1969 und 1989 einige der besten Jahre der deutschen Demokratie. Diese Kette von Jahrestagen nehme ich zum Anlass, die Entwicklung bis in die jüngste Vergangenheit weiterzuverfolgen.

In diesen Wochen werden es zehn Jahre, seit die SPD die Bundestagswahlen gewann und mit der rotgrünen Koalition ein neues Reformbündnis führte.

In der rotgrünen Koalition hatten wir die Konsequenzen zu ziehen aus einem raschen Wandel, der 1989 mit der Öffnung der Grenzen begann, und der einen beispiellosen Schub der wirtschaftlichen und kulturellen Globalisierung auslöste. Bei allem, was man Helmut Kohl europapolitisch zugute halten kann – in der Frage der Türkei war er sogar schon weiter als die jetzige Unionsführung –, es gelang ihm und seiner Regierung einfach nicht mehr, zeitgemäße politischen Antworten zu geben.

Deutschland sei kein Einwanderungsland, behauptete die damalige schwarz-gelbe Koalition – und vernachlässigte die dringend notwendige Integrationspolitik. Ein so genannter "Zukunftsminister" redete viel von der Wissensgesellschaft – in der Praxis geriet Deutschland bei Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Qualifizierung gegenüber den anderen Industrienationen weit ins Hintertreffen. Die Finanzierung der deutschen Einheit mit Hilfe der Sozialkassen führte die Sozialversicherung in eine schwere Krise. Und die sträfliche Ignoranz gegenüber der ökologischen Frage kostete wertvolle Zeit beim Einstieg in die neuen Umwelt- und Energietechnologien.

Deutschland vor zehn Jahren – das war ein erstarrtes, verunsichertes und stagnierendes Land, mit hoher Arbeitslosigkeit, hohen Steuern und Abgaben, verschuldeten Haushalten, gefährdeten Sozialsystemen und einer Regierung, die mit ihrem Latein am Ende war.

SPD und Grüne haben in dieser Situation vor zehn Jahren – wahrlich keine einfache Ausgangssituation – ein modernes gesellschaftliches Bündnis der solidarischen Mitte formiert, das von den gut gebildeten urbanen Mittelschichten bis zu den klassischen Wählergruppen der Arbeitnehmerschaft reichte.

Diese Mehrheit war kein Bündnis zum bloßen Machterhalt. Sie war eine Gestaltungsmehrheit, die gesellschaftliche Modernisierung durchsetzte – bei der Energiewende und beim Atomausstieg, bei Einwanderung und Einbürgerung, bei der Neuorientierung der Familienpolitik und bei der Besserstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften. Und die in einer wirtschaftlich verzweiferten Situation 2003 den Mut aufbrachte, notwendige Entscheidungen für mehr Wachstum und Beschäftigung zu treffen, gleichzeitig aber auch mehr Investitionen in Forschung und Bildung. Denn die Agenda 2010 bestand aus 14 Gesetzgebungsprojekten, nicht nur aus Hartz IV, sondern auch aus Investitionen in Kinderbetreuung und Ganztagschulen.

Und die Ergebnisse können sich sehen lassen: Deutschland ist seit 1998 ohne Zweifel stärker geworden. Unsere Gesellschaft ist heute liberaler, toleranter und offener. Die selbstbewusste Friedenspolitik und die ökologische Wende der rot-grünen Koalition haben sich durchgesetzt. Vieles wurde auch von anderen übernommen.

Die deutsche Wirtschaft ist moderner, wettbewerbsfähiger und erfolgreicher auf den Märkten der Welt als vor 1998. Mit 40 Millionen Beschäftigten sind mehr Menschen in Arbeit als je zuvor. Mehr ältere Menschen finden heute wieder Arbeit. Die Zahl derer, die auf Grundsicherung angewiesen sind, hat abgenommen. Die Arbeitslosigkeit ist deutlich gesunken. Allein im vergangenen Jahr haben mehr als eine halbe Million Menschen einen regulären Arbeitsplatz gefunden. Die Sozialversicherungen sind wieder solide finanziert. Der Staatshaushalt ist auf dem Weg der Gesundung und kommt schon bald ohne neue Schulden aus.

Wer ohne Vorurteile Bilanz zieht, wird diese Erfolge anerkennen. Es sind ja nicht so sehr die Erfolge einzelner Politiker, es sind doch vor allem die Erfolge von millionenfachen Anstrengungen, von motivierten und leistungsbereiten Menschen in Unternehmen, in Fabriken, Verwaltungen und Dienstleistungsbetrieben, in Hochschulen, Forschung und Entwicklung, in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Organisationen.

In der wirklichen Geschichte, das wissen wir, ist aber kein Fortschritt so makellos, dass er nicht neue Fragen aufwirft. Wer neue Herausforderungen nicht offen und vorbehaltlos prüft, geht an Sturheit zugrunde.

Wir stellen heute fest: Zu viele Menschen in der Mitte unserer Gesellschaft haben durch das wirtschaftliche Wachstum noch nicht gewonnen. Die Löhne haben mit dem Wohlstandszuwachs nicht mithalten. Die Kosten der Lebenshaltung sind stark gestiegen. Das verantwortungslose Risikospiel auf den internationalen Finanzmärkten verlangt mehr Transparenz und verbindlichere Regeln. Und Bildungschancen hängen immer noch zu sehr von der sozialen Herkunft ab.

Das ist die Lage unseres Landes: Auf vielen entscheidenden Feldern so erfolgreich wie nie zuvor, aber gespalten, was die Teilhabe am Erfolg angeht.

Sozialen Aufstieg für alle zu ermöglichen und die auseinander strebenden Kräfte der Gesellschaft neu zusammen zu führen, das ist die zentrale Aufgabe der Sozialdemokratie und ihre Verantwortung für die Zukunft der Demokratie.

Eine neue Aufstiegskultur ist notwendig, in der die Menschen nicht zur Passivität verurteilt sind, sondern aktiv mitarbeiten und in der Erfolg des Einzelnen zum Gewinn der ganzen Gesellschaft beiträgt. Oder einfacher ausgedrückt: Ein Land, in dem die Starken den Schwachen helfen, und in dem wir den Schwachen helfen, stark zu werden.

viele politische Beobachter blicken derzeit gerne auf die Große Koalition und die Geschehnisse vor 40 Jahren zurück, und tatsächlich ist die Erinnerung daran ja reizvoll. In der sozialliberalen Koalition fanden 1969 zwei ehrgeizige Reformparteien unter der Kanzlerschaft Willy Brandts zusammen. Mit einer bis dahin beispiellosen Kette von Reformen gelang der gesellschaftliche Aufbruch, nicht zuletzt durch eine ganz neue Bedeutung der Bildungsfrage und der Gleichberechtigung.

Aufstieg durch Bildung, Chancengleichheit durch Bildung, Bildung auch für Arbeiterkinder und ohne Gebühren bis zur Hochschule, gleiche Rechte und Chancen für junge Frauen, das waren elektrisierende Botschaften.

Der Sozialstaat in Deutschland bekam durch die soziale Bildungsidee, die auf gleiche Chancen setzte, Bildungsschranken beseitigte, Standes- und Statusprivilegien aufbrach, eine neue Dimension.

Deutschland, so will es das Grundgesetz, ist ein „demokratischer und sozialer“ Staat. Dieser Sozialstaat unserer Verfassung hat große Unterstützung bei den Bürgerinnen und Bürgern. Helmut Schmidt nannte ihn eine der herausragenden zivilisatorischen Errungenschaften des 20. Jahrhunderts.

Eine politische Aufgabe, die den Schweiß der Besten wert ist und die keine billige Polemik verträgt, ist der Versuch, diesen Sozialstaat stark zu machen, und das heißt doch, ihn auf die Herausforderungen eines neuen Jahrhunderts, des ersten wirklich globalen Jahrhunderts einzustellen.

Ein besserer Sozialstaat mit guten Schulen, besseren Ausbildungschancen, erstklassigen Universitäten, einer Gesundheitsversorgung, die allen zugänglich ist, ein Sozialstaat, der den Menschen Perspektiven gibt, der wirksamer hilft und menschlicher organisiert ist: Wenn die politischen Wettbewerber in Deutschland darum konkurrieren, tun sie unserer Demokratie einen guten Dienst. Wir Sozialdemokraten sind bereit, auch in Zukunft Verantwortung für unser Land zu tragen, das soziale und demokratische Deutschland zu gestalten und zu prägen.

Ich danke Ihnen.